

Sallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 332

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 197.

Redaktions- und Geschäftsstelle in Halle a. S., Unterpostamt Nr. 87, Winterhaus, Telefon Nr. 158. Eingang Nr. Braunhauser. Schriftleitung: L. S. O. v. Steinmann in Halle a. S.

Montag-Ausgabe

Abdruck von Zeitungsartikeln ist ohne Erlaubnis der Redaktion nicht gestattet. Verantwortlich für den Inhalt: L. S. O. v. Steinmann in Halle a. S.

Montag, 18. Juli 1904.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 8. Telefon-Nr. VII Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Zeltz in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 18. Juli.

*** Wasserreinigung der Städte.** Die Versorgung mit gutem reinen Trinkwasser ist zweifellos eine der ernstesten und wichtigsten Fragen der Hygiene, besonders aber in unseren großen Städten, wo das Wasser von einer oder wenigen Stellen aus an die gesamte Bevölkerung geliefert wird, muß auf das strengste darauf geachtet werden, daß es in durchaus tadellosem Zustande ist. Dazu gehört nicht nur die Farblosigkeit, diese Forderung ist vom gesundheitlichen Standpunkt aus nicht einmal die wichtigste, sondern es muß vor allem für den fäullichen organischen und anorganischen Stoffen sein.

Nicht alle Städte sind ja in der Lage, Quellwasser oder gutes aus Brunnen gewonnenes Grundwasser in genügender Menge zur Verfügung zu haben. Besonders die Quellen bringen meist dann, wenn das Wasser am nötigsten gebraucht wird: im Hochsommer. Das gleiche gilt von vielen Grundwasserbrunnen, da in der Hitzeperiode der Grundwasserpiegel oft nicht unerträglich sinkt. Viele große Städte, z. B. Hamburg, Magdeburg, Bremen: u. a. müssen daher ihr Wasser aus den Flüssen oder wie Berlin zum Teil aus dem Meer nehmen. In diesem Falle, wie auch bei diesem Grundwasser, muß natürlich eine ganz gründliche Reinigung Platz greifen, die aber bei sachgemäßer Vornahme ein reines, gesundes, wenn auch nicht immer wohl-schmeckendes Wasser gewährleistet, so daß in solchen Fällen Bedenken irgend welcher Art ganz und gar nicht gerechtfertigt sind. In manchen Städten Englands befindet man sich ja allerdings auf eine ganz überlächtige Reinigung und überläßt die Herstellung reinen Trinkwassers den einzelnen Hausfiltriranlagen. In diesem Falle weiß jedoch die Bevölkerung Bescheid, es ist das etwas ganz anderes, als wenn in ein Netz, wo sonst nur filtriertes Wasser hineingeleitet, ad und zu auch unfiltriertes Wasser eingelassen wird.

Die Reinigung selbst kann mechanisch oder chemisch bewirkt werden. In den meisten Fällen kommt nur die mechanische durch Filtration in Frage, der bei sehr feinstem Wasser noch das Filtrieren voraussetzt. Zu diesen Filtrieranlagen gehört das Entnahme durch Siebe und großen Kies von den gröberen Bestandteilen gereinigtes Wasser in großen Becken eine Zeit ruhig stehen lassen, wobei sich ein großer Teil der Unreinigkeiten zu Boden setzt. Dann gibt man es in den Filter, der aus verschiedenen Schichten von Sand und Kies besteht, zu unterst der größte, ganz oben feiner Sand in etwa 0,5-1 Meter starker Lage. Bringt man auf diesen Sand vorsichtig etwas unreines Wasser, so scheiden sich aus diesem unreine Teilchen aus und überziehen die obere Sandschicht mit einer feinen Haut: Filterhaut, die die reinigende Wirkung des Ganzen noch bedeutend vermindert. Ist dies geschehen, so wird der Filter in Benutzung genommen, wobei der Druck des zuströmenden Wassers sorgsam reguliert werden muß, da zu feines Durchfließen nachteilig ist. Mit diese Werke werden 90 Prozent mehr oder unreinigkeiten beseitigt, es fließt ein durchaus klares Wasser ab, das nicht mehr wie 60-100 Keime pro Kubikmeter enthalten darf, was durch Untersuchung von Zeit zu Zeit festzustellen ist. Selbstverständlich bedürfen die Filter in bestimmten Zwischenräumen der Erneuerung.

In den letzten Jahren ist noch ein neues Verfahren der Wasserreinigung in die Praxis eingeführt worden, in Wiesbaden und Roderborn, das sich in jeder Beziehung ganz vorzüglich bewährt hat und nicht nur ein völlig bakterienfreies, sondern auch sehr wohlschmeckendes Wasser liefert: die Ozon-Reinigung.

Ozon ist eine besondere Form des Sauerstoffes, dreiatomiger oder aktiver Sauerstoff. Es besitzt die Eigenschaft organische Körper, Mikroben, Bazillen in kürzester Zeit zu töten. Seit es daher der modernen elektrischen Industrie gelungen ist, durch Verwendung sehr hochspannter Ströme (7000-10000 Volt) Ozon einfach und billig herzustellen, konnte es auch zur Wasserreinigung herangezogen werden. Leider haben sich viele Stadterneuerungen gegen die Einführung des Ozons gekämpft. Die Wasserreinigung durch Ozon geschieht in der Weise, daß man das unreine Wasser in Gestalt feiner Regens herabschleudert läßt und ihm einen Strom ozonisierter Luft — es genügen etwa 3 Gramm Ozon pro Kubikmeter Luft — entgegenströmen läßt. Je nach den Umständen ozonisiert man die Luft oder wiederholt das Verfahren. Die erzielten Ergebnisse sind ganz ausgezeichnete, so daß die weitere Ausbreitung der Methode nur zu hoffen ist. Das vom Wasser aufgenommene Ozon wird übrigens in kurzer Zeit unschädlich, da es sich in Sauerstoff verandelt.

Alles das aber ist natürlich illusorisch, wenn dem gereinigten unreinen Wasser irgend welcher Art angehängt wird. Ist ein Werk tatsächlich nicht in der Lage, dem Bedarfe zu entsprechen, so muß es zur Sparmaßnahme, eventuell das Wasser während bestimmter Stunden ganz abstellen, außerdem kann dann die Straßenreinigung, ebenso die Bepflanzung von Straßen und Anlagen nur noch durch Fluß, nicht mehr durch Leitungswasser erfolgen. Gilt das

alles nicht, so ist es wenigstens Pflicht, die Bevölkerung in Kenntnis zu setzen und vor unangenehmen Wasser zu warnen.

Für manche Städte dürfte sich überhaupt die Anlage eines doppelten Rohrnetzes empfehlen, das eine mit nur flüchtig gefiltriertem „Rauwasser“ für die Reinigung von Straßen und Gärten, das andere mit aufs beste gereinigtem Trinkwasser. Ebenfalls darf bei Dingen, wo die Gesundheit der ganzen Bevölkerung in Frage steht, die Kostenfrage nicht mitsprechen.

*** Die deutschen Schiffe in Holland.** Freitag Abend hat der deutsche Konsul den Kommandanten der Schiffe, sowie den Armees- und Marinebehörden ein Diner gegeben, wobei der holländische Marineminister auf das Wohl des deutschen Kaisers, die Königin Wilhelmina und die deutsche Flotte trank. Admiral Keller erwiderte mit einem Hoch auf die große holländische Marine, die durch ihre Taten in den Trossen, die Mut der Schiffe, die Besondere für die deutsche Marine gewonnen sei. Er wies sodann auf die Aufgabe der holländischen Flotte in Indien hin, wo sie die erste sei.

*** Von der Nordbahnreise des Kaisers.** Sonnabend nachmittag 6 Uhr begab sich Sr. Maj. der Kaiser mit Gefolge an Land, um einen Ausflug nach Stolzenau zu unternehmen. — Sonntag vormittag hielt Sr. Maj. der Kaiser Gottesdienst am Nord der vor Wolke liegenden „Hohenjollen“ ab. Nachmittags erließ Sr. Maj. Regierungsgesandtschaft und verbrachte auch den Abend am Nord. Das Wetter ist kalt und regnerisch geworden.

*** Todesfall.** Der Landtagsabgeordnete für den Wahlbezirk V Arnberg, Geheimrat Dr. Schulz-Görne (nl.), ist in Wilsdorf gestorben.

*** Personalnachrichten.** Der „Nord. Anz. Ztg.“ hört, der erste Sekretär der sächsischen Reichsregierung, Generalmajor Graf von Bethel sei zum Generalrat in Wien ernannt worden. Sein Nachfolger werde der Geschäftsführer in München, Regierungsrat Graf Schwering. — Der König von Dänemark und später Prinz Hans empfangen den in Wiesbaden zur Kur weilenden Landrat v. Alten aus Schleswig in längerer Audienz. Die Zeitige des vernehmen sächsischen Diplomaten Graf von Helmreich, der an Bord des „Reiter“ von Neu-York nach England gereist war, ist bei Ringbrücke (Dresden) an das Gestade gestiftet worden.

*** Kirchtag und die Pommerenbau. Der Briefwechsel zwischen Freiherrn v. Mirbach und dem Geh. Staatsrat Budde, der übrigens durchaus nichts von Wohl enthält, soll demnächst veröffentlicht werden. Dazu bemerkt die „Nationalztg.“: Von dem ganzen Kirchenbauvereinsskonto der Pommerenbau in Höhe von 350 000 Mk. hat Freiherr v. Mirbach hiernach nur 25 000 Mk. erhalten und diese sind wieder sofort zurückgezahlt worden. Auf die übrigen 325 000 Mk. hat er seinerzeit verdrängt, als die Lage der Bank zu übersehen war. Wenn er gleichwohl darüber unterrichtete, um die Streichung des Kontos herbeizuführen, so hat er sich ungeschicklich benommen. Die Pflicht war aber offenbar leichtlich, mit dem Geh. die Herren Schulz und Rostedt dem Freiherrn v. Mirbach angeboten halten, nichts mehr zu tun zu haben.**

*** Kaufmannsgericht.** Der Reichsanwalt veröffentlicht das Gesetz betreffend die Kaufmannsgerichte vom 6. Juli 1904.

*** Staatsdienst im Verkauf.** Vor dem künftigen technischen Oberprüfungsamt in Berlin haben in der Zeit vom 1. April 1903 bis dahin 1904 im ganzen 2409 Regierungskaufmänner die zweite Hauptprüfung für den Staatsdienst im Verkauf abgelegt. Von ihnen haben 215 die Prüfung bestanden, und zwar 70 als Kaufmänner für das Hochbahnbau, 63 als Kaufmänner für das Wasser- und Straßenbahnbau, 52 als Kaufmänner für das Eisenbahnbau und 60 als Kaufmänner für das Maschinenbau. Diefelben sind sämtlich zu Regierungskaufmännern ernannt worden. Nach den Vorschriften vom 15. April 1895 sind ein Regierungskaufmännern für das Hochbahnbau und nach den Vorschriften vom 1. Juli 1900 245 Regierungskaufmännern, und zwar 76 für das Hochbahnbau, 47 für das Wasser- und Straßenbahnbau, 63 für das Eisenbahnbau und 72 für das Maschinenbau geprüft worden. Von den 215 Regierungskaufmännern, welche die zweite Hauptprüfung mit Erfolg abgelegt haben, haben vier das Prädikat „Mit Auszeichnung“ und 24 das Prädikat „Gut“ zuruzum erhalten. Von 487 Regierungskaufmännern, die am 1. April 1903 im Staatsdienst beschäftigt waren, gehörten dem Hochbahnbau 190, dem Wasser- und Straßenbahnbau 114, dem Eisenbahnbau 130 und dem Maschinenbau 63 an. Im Laufe des letzten Etatsjahres sind aus Kaufmännern angehebt: 300 Regierungskaufmännern, und zwar für das Hochbahnbau 24, für das Wasser- und Straßenbahnbau 16, für das Eisenbahnbau 81 und für das Maschinenbau 19. Gegeben sind im letzten Etatjahre drei Regierungskaufmännern, die dem Eisenbahnbau angehören. Die Entlassung aus dem Staatsdienst haben erhalten 80 Regierungskaufmännern, davon gehören dem Hochbahnbau 36, dem Wasser- und Straßenbahnbau 21, dem Eisenbahnbau 11 und dem Maschinenbau 25 an.

*** Markt und Bier.** Wer in Stellen eine deutsche Postanweisung erhält (siehe die „Magdeburger Ztg.“) wird finden, daß als Umrückungssumme 100 Mk. = 123,30 Lire angewendet werden. Will man dagegen aus Stellen eine Postanweisung nach Deutschland senden, so rechnen die italienischen Postämter 100 Mk. = 123 Lire. Für 100 Mk. erhält man also auf der italienischen Post 123,30 Lire; für 100 Mk. mehr oder auf demselben Postamt 125 Lire bezahlen, also 1,70 Lire mehr. Man sollte meinen, daß 100 Mk. nicht den Betrag in Lire haben, man sollte die Post die 100 Mk. ausgeben oder einnehmen. Für das Publikum bedeutet der doppelte Markkurs der italienischen Postämter eine ungeheure Ersparnis. Können sich die deutschen Regierungen nicht dagegen wehren?

*** Eine neue polnische Gefahr.** Nachdem das Zustandekommen des Anschließungsabkommens und demzufolge auch jene alsbaldige Inkrafttreten derselben ist, wird dem kulturellen und national geistlich bedürftigen Schreiben der polnischen Anschließungsbanken das wohlverdiente Ende bereitet sein.

Dagegen wird man mit einer anderen Gefahr zu rechnen haben und sich bemußigt auf ihre Abwendung rufen müssen. Es unterliegt nämlich keinem Zweifel, daß, nachdem der Polonisation im großpolnischen Interesse ein Ziel gesetzt ist, man von dieser Seite zu ernstlicher Gefahr nicht wird, jedoch in bestimmter Hinsicht beständlicher Bauerneuerung oder kleinere ländliche Besitzungen aufzulösen und mit sicheren Anhängern des Polonismus zu versehen. Schon bisher gingen solche Besitzungen Hand in Hand mit der polnischen Kolonisation, in Zukunft aber wird die ganze Kraft und das ganze zur Handhabung erforderliche Kapital auf den Generalstreik in Bezug des Deutschen befindlicher mittelere oder höherer Besitzungen getrieben werden. Insbesondere wird man auf diesem Wege in denjenigen Landesteilen, in welchen die deutsche und die polnische Bevölkerung sich ungleichmäßig die Waage hält, den Polen das Uebergehandeln zu verschaffen suchen. Die hierin liegende Gefahr für das Deutschland ist nicht zu unterschätzen. Wenn die letztgenannten Elementen deutschen Bauerneuerung mehr und mehr mit polnischen Elementen durchdringt und schließlich überwiegend polnisch werden, so ist der Verlust für das Deutschland zweifellos groß, als der Gewinn, der durch die Reuanneidungen der Anschließungsstaaten erzielt werden kann. Hier also muß im Interesse des Deutschlands um allem eingegriffen werden! Die Gefahr, daß deutsche Besitzungen dieser Art in polnische Hände fallen, ist naturgemäß da am größten, wo die deutsche Hand besonders schwach ist, mit anderen Worten, wo die deutschen Grundbesitzer hoch verschuldet sind. Die aus hoher Verschuldung sich häufiger ergebende Gefahr bildet die Gefahr, an welcher der Verlust gegen die polnischen Besitzungen zur Zurückdrängung des Deutschland in der ländlichen Bevölkerung am leichtesten sich ansetzen läßt. Die Schuldforderung liegt auf der Hand; man muß durch die Verschaffung billigen Kredits die deutschen Grundbesitzer aus dieser Lage befreien und sie so gegenüber den polnischen Verbindungen widerstandsfähig machen. In diesem Punkte zeigt sich in der Weise der Maßnahmen unter der Kontrolle und unter der Regierung zum Schutze des Deutschlands in den Ostmarken eine empfindliche Lücke. Man hat bisher nur angefangen, sie betreffend den Oberbesitz einzuzugreifen auszufüllen, aber eine planmäßige Aktion des Staates nach dieser Richtung steht bisher noch aus. Wenn eine solche bisher schon in hohem Maße ergriffen worden wäre, so erübrigt sie angeht der Wirkung des Anschließungsabkommens, erhaben bringend gegeben, und zwar würde sich eine vom Staate durchgeführte planmäßige Organisation des ländlichen Kreditwesens zum Zwecke der Verschaffung billiger Kredits für die Grundbesitzer nicht auf den mittleren und kleineren ländlichen Besitz zu beschränken haben, sondern es würde auch Bürgern dazu zu treffen sein, daß die deutschen Großgrundbesitzer innerhalb der Grenzen der Reichsgrenzen hinter der Reichsfrist zu billigen Zinssätzen bekommen können, damit sie sich in ihren Besitzungen erhalten können und demzufolge auch dem Deutschland in den Ostmarken erhalten bleiben. Mit einer solchen Organisation des ländlichen Kreditwesens in den Ostmarken darf man aber nicht mehr zögern; es muß dem Staatstraktat des Anschließungsabkommens unmittelbare Folge folgen, wenn anders einer empfindlichen Schwächung des deutschen Bauerneuerung in den Ostmarken rechtzeitig vorbeugt werden soll. Die Staatsregierung wird daher, wenn sie ihrer Aufgabe in den zwei polnischen Landesstellen voll gerecht werden will, eine solche Organisation des Kreditwesens ohne Verzögerung in Angriff nehmen müssen; für die dabei die Zustimmung des Landtages nicht fehlen wird, unterliegt keinem Zweifel.

Sollte die Staatsregierung nach der Betätigung nicht alsbald mit entsprechenden Vorkehrungen an den Randtag heranzutreten, so wird es Ende der parlamentarischen Initiative sein, den Anstoß zur Einleitung dieser Sache in unserer Richtung in dem Sinne gegen das Postamentum zu geben.

*** Kirchhofstreit im Reichslande.** Das Interdikt, welches Bischof Bender von Weß auf den Friedhof von Gamed geistig hatte, weil die Kirche eines Protestanten dort beigesetzt war, hat die Tatsache zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß es im Reichslande noch eine ganze Reihe von Kirchhöfen gibt, auf denen die römisch-katholischen Geistlichen die Beisetzung von Nichtkatholiken verbieten müssen. Die Ultramontanen berufen sich für die Beisetzung dieser interreligiösen Gräber auf das Interdikt, welches ihnen erteilt worden dürfte. Nun bringt aber die „Straßburger Zeitung“ einen Beitrag zur Kirchhoffrage, der auf dieses Gerüchten und sein Alter ein sehr beachtenswertes Licht wirft. Die Gemeinde Rockheim im Unterelsaß war 1645 evangelisch geworden. Wie in so vielen evangelischen Gemeinden wurde auch hier um 1680 zur Franzosenzeit der katholische Gottesdienst wieder hergestellt. Es blieben aber auch mehrere Familien dem evangelischen Glauben treu, die selbstredend von dem benachbarten Dungenheim beherbergt wurden. Auf dem Rockheimer Kirchhof wurden nunmehr Protestanten und Katholiken „ohne Unterscheidung“ wie es im Dungenheimer Kirchhofbescheid heißt, „neben einander“ beigesetzt. Dieser Brauch wurde eingeführt bis zum Jahre 1700. Von diesem Jahre ab begann ein neues „Watum“: Weil im Jahre 1700 die Jesuiten wieder das bisherige, von der französischen Regierung bei der Okkupation des Elsasses garantierte Gerüchten den Protestanten mit Gewalt die Beerdigung auf dem bis dahin gemeinsamen Kirchhof untersagten und ihnen einen ungenügenden Platz hinter der Kirche anzeigten. In dieser Zeit wurden ihnen wegen Vermeidung dieses Verhältnisses, das ihnen bis dahin freigegeben war, die größten Schwierigkeiten gemacht. Aus ergrangene Verschärfer wurde nach langem Streit, während dessen Dauer 3. D. ein Rockheimer Familienvater zweimal die Leichen seiner Kinder in „Küchlein“ nach Dungenheim trug, um dem locus inanis in Rockheim zu entgehen, 1704 der Rockheimer Kirchhofstreit von den Landesherrn in Straßburg dahin entschieden, daß die Protestanten einen Begräbnisplatz „längs der Kirchmauer“ angewiesen erhielten.

So waren es auch hier die gesicherten Reine des Protestantismus, die heute gegen ihre angeblichen Bruderschaft hochgelobten Jesuiten, die den konfessionellen Frieden störten, die

mehr als hundertjährigen Praxis des Heilberufes mühen und die konfessionellen Gegensätze in Norheim, wie überall, wo sie wirken dürfen, verschärfen. Wie geben eine wiedererwachende Zukunft in Deutschland zu erwarten.

• Drei sehr feinführende Gegen die Feinden werden in dem trefflichen Wochenblatt Sonntagblatt „Aus unserm Herzogtum Straßburg“ von Friedr. Dr. Meyer vorgebracht. Nämlich:
1. Man wohnt nicht zusammen unter einem Dache mit jemand, der den Namen unserer Eltern mit Schmutz besudelt hat.
2. Man wohnt nicht unter einem Dache mit jemand, der kein Geringes an Missethätigkeit mitbringt, mit denen er das Dach abheben und das Haus niederreißen will.
3. Man wohnt nicht unter einem Dache mit jemand, der einem unter den Hausgenossen Lust und Eitelkeit unterzucht und einen schlammigen, gelblichen Geist verbreitet.

Diese drei Sätze sind doch wohl klar und unanfechtbar. Nun, sie treffen auf die Einheit der Gesellschaft sehr gut zu. ad. 1. Wer von uns hat nicht schon gesagt: „Bater Luther!“ Wir alle schauen zu den Reformatoren mit heiliger Ehrfurcht auf als zu unsern Vätern in Christo. Wer aber sind die Leute, die diese unsere Reformatoren mit dem ärgsten Schmutz besudeln, sie als Ketzerhunde oder als Weltbrander branden? Das sind die Vätern von der Gesellschaft Jesu. Und deshalb können und wollen wir mit ihnen nicht zu tun haben. Wir wollen nicht mit ihnen unter demselben Dache in unserm lieben evangelischen Vaterlande wohnen. Es geht einladig nicht; es ist eine Ehrensache für uns.

ad. 2. Wer sind die Leute, die mit ihnen schlammigen, schleimigen Wesen, mit dem Gift der Eitelkeit, Ehrsucht, ungeheurer Reichthümer, Streßlosigkeit, Selbstgefälligkeit, Klugheit, taubenseitigen Aist usw., — durch die Welt schleichen und die evangelischen Säulen die Dächer abgeben suchen? — die nicht der Königs-mord geschuldigt sind, — denen kein Mittel zu niedrig war, wenn es galt, einseitige Wäler zu machen, — die Zwietracht zwischen Ehegatten, zwischen Eltern und Kindern? Und das alles zur höheren Ehre des Papstes, — das alles, damit nicht etwa Gottes Reich, nein, damit des Papstes Reich zu uns und über uns komme. Wer ist das? Das sind die Vätern von der Gesellschaft Jesu. Und deswegen wollen wir mit ihnen nicht zu tun haben, es geht einladig nicht. Unser Volk und Vaterland sind uns viel zu lieb, als daß wir sie nicht vor Schaden bewahren sollten. Eine Sache unsers Reichens ist es.

ad. 3. Wer sind die Leute, die jene taufrige Moral der Doppelzüngigkeit, der erlaubten Lüge, der schlüpfrigen Rauberei, der schmalerlichen Verschleierfähigkeit betreiben? Man, wir kennen die Doppelzüngigkeit eines Gutes, eines Mögens von Augustin u. a. Wir haben genug von ihnen gehört und gesehen, um zu wissen: Hier ist kein falsches Wort, hier ist Schlange falsch, hier ist ein gottloser Geist. Wer sind die Leute, die solche Gassen frägen? Das sind die Vätern von der Gesellschaft Jesu. Aber unsere Hausgenossen, unsere heutigen Brüder und Schwestern, sind uns viel zu lieb, als daß wir das Zutrauen solcher Gassen huldigen möchten. Gesehnd wollen wir bleiben und gesund wollen wir sie erhalten. Und deswegen wollen und können wir nicht mit jenen zu tun haben, können nicht unter einem Dache wohnen mit denen, deren Geheiß es ist, seine füllige Keuschheit zu pflegen. Es geht einladig nicht. Es ist für uns die wichtigste Sache der höheren Volkshygiene.

Sozialdemokratie und Religion.

Dem „Dresdener Journal“ entnehmen wir folgende Ausführungen:

In der sozialdemokratischen Presse kann man bis in die letzte Zeit hinein entrüthete Bemerkungen dagegen lesen, daß die Sozialdemokratie Religion und Kirche systematisch bekämpft. Ja, manche Blätter der sozialdemokratischen Partei geben so weit, von der Partei, die wie Nebel im Reichstage öffentlich erklärt hat, den Atheismus erstrebte, zu behaupten, sie allein wirkte für die wahren christlichen Grundzüge. In sozialdemokratischen Flugblättern, die auf dem platten Lande bei der Wahlbewegung zum Reichstage massenhaft verteilt wurden, hieß es wörtlich, fromme Christen könnten es in der Sozialdemokratie sogar zu Ehren bringen. Ferner hieß es: „Wenn Ihr also wollt, daß alles das Gute, was die christliche Religion zur Durchfuhrung gebracht hat, auch in der Sozialdemokratie“; dann die Sozialdemokratie ist keine Feindin, sondern geradezu die Beschützerin in der Welt, die der christlichen Religion.“ Man wird gedenken müssen, daß die Sozialdemokratie es bei derartigen Ausführungen mit großer Vorsicht verfahren, sich ausdrücklich auf christliche Religion zu bekennen. Ueberall sind unauffällig Vorbehalte angebracht, so, wenn gesagt wird, die Sozialdemokratie wolle das „Gute“, was die christliche Religion lehre, — also das, was die Sozialdemokratie für gut befindet — durchführen, oder wenn von der „Bekämpfung“ der christlichen Religion gesprochen wird, unter welcher die gläubigen Christen etwas ganz anderes verstehen als die Sozialdemokraten. Aber trotzdem ist es eine maßlose Heuchelei, wenn von sozialdemokratischer Seite auf solche Weise vorgegangen und versucht wird, dem Vorwurfe zu entgehen, daß die Sozialdemokratie eine religionsfeindliche Partei ist, die diese Feindschaft ununterbrochen und systematisch bekämpft.

Der Vereinigungsfondscharakter der Sozialdemokratie ist aus einzelnen Leistungen der Partei- und Gewerkschaftspreße häufig gefeiert worden. Aber dem wurde von sozialdemokratischer Seite meistens die Behauptung entgegengehalten, daß es sich in solchen Fällen meistens nur um vereinzelte, von der Partei nicht gebilligte Ausschreitungen handle, daß die Sozialdemokratie vielmehr programmäßig die Religion als Privatangelegenheit jedes einzelnen „Genossen“ ansehe. Jetzt aber liegt der Beweis vom Gegenteil nicht in einem bürokratischen Blatte, sondern in einem angelegenen sozialdemokratischen Organ, in der „Frankfurter Volksstimme“, vor, die in Südwestdeutschland eine starke Verbreitung findet. Dieses Blatt rühmt das Wirken der Sozialdemokratie behufs Befreiung des Volkes aus kirchlichen und religiösen Fesseln und zählt die Arbeiten auf, die seit Jahrzehnten nach dieser Richtung hin von der sozialdemokratischen Partei geleistet worden sind. „Wir schauen“ — so heißt es zunächst — „eine eigene Arbeiterliteratur für eine aus kirchlichen und religiösen Fesseln befreite Bildung.“ Aber dieser Literatur erwähnt die sozialdemokratische Organ besonders rühmend die im Stuttgart-er Parteiverlage von Dieck erschienenen Schriften über die natürliche Entstehung der Religion und des Christentums, über Darwin u. s. f. Ferner Schriften einzelner „Genossen“, wie von Hebel und Adolf Hofmann („Zehn Gebote“) und endlich die aus dem „Vorwärts“-Verlage hervorgegangenen religionsgeschichtlichen Bejahungsschriften, die mit Vorliebe seit Jahren unter das Volk geworfen wurden.

Die „Volksstimme“ schildert weiter, wie Hunderte von sozialdemokratischen Rednern in gewerkschaftlichen und politischen Versammlungen die Anregungen dieser Aufklärungsarbeiten benutzt und geboten haben, diese religionsfeindlichen Anschauungen „auszutreten“. Das Blatt rühmt die Tätigkeit der Arbeiterpresse, die diese Sä-

mannarbeit nach Kräften unterstellt hat und fortgesetzt die bürgerlichen Vorurtheile antireligiöser Natur für das Volk „auszumähen und zu popularisieren“ bestrift geteilt ist. Schließlich aber wird von dem Frankfurter Organ darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratischen Vertreter in allen öffentlichen Vorträgen seit Jahrzehnten „Pioniere der religiösen und naturwissenschaftlichen Aufklärung“ seien. So hat denn das Blatt in der Lat das Recht, die gerühmte Agitation der Sozialdemokratie auch auf religiösem Gebiete zu rühmen. Damit aber ist unüberleglich festgestellt, daß der sozialdemokratische Programm, „Erkörung der Religion zur Privatangelegenheit nur auf dem Reiner liegt und nur zur Freireinigung über dem wahren Charakter der Sozialdemokratie benutzt wird. Die sozialdemokratische Presse ist angeht die Ausführungen ihres süddeutschen Schwelgerorgans nicht mehr im Stande, die Religionsfeindschaft abzuleugnen. Sie kann sich auch nicht mehr auf die Behauptung zurückziehen, der hier geschilderte systematische Kampf gelte nur dem Kirgentum, nicht aber der Religion; denn in der „Volksstimme“ ist ausdrücklich und wiederholt festgestellt worden, daß es sich hier um arbeitliche Agitationen, um religiöse Aufklärungsarbeiten“ handelt.

Selbstverständlich ist die sozialdemokratische Partei eine unversöhnliche Feindin der christlichen Kirchen; denn gerade in der kirchlichen Gewinnung der großen Mehrheit des deutschen Volkes hat die Sozialdemokratie das härteste Geniehmis für die Ausbreitung ihrer Lebensanschauung und die Erreichung ihres Endzieles zu erblicken. Unermüdet richtet sich darum auch die sozialdemokratische Agitation gegen Kirche und Geistlichkeit. Wir erinnern an die „roten Konfirmationsfeiern“, durch welche die Jugend von der Kirche abtrünnig gemacht werden soll, an die Versuche, die Arbeiter zu Massenaustritten aus den Kirchen zu bewegen und an die Propaganda für Errichtung freireligiöser Gemeinden, die unter anderem das Motto führen: „Macht hier das Leben doppelt schön, kein Jenseits gibt's, kein Wiederseh'n.“ Doch, wie die Frankfurter „Volksstimme“ auch in diesem Punkte bemerkt, führt dieser direkte Kampf gegen die Kirche nicht zum Ziele, er verläuft vielmehr „immer kläglich wirkungslos“, weil der feste Nachhaltigkeit. Diesen Nachhalt soll die oben geschilderte systematische Agitation schaffen, denn, wie es in dem Blatte weiter heißt, „nur die allmählich selbständig werdende Konfession aus gründlicher Agitationen und praktischer Arbeit“ schafft die Voraussetzungen für den Austritt aus der Kirche. Man sieht also, daß Religion und Sozialdemokratie einander vollständig ausfeindlichen, und daß es auf unerbittlicher Feindschaft beruht, wenn die sozialdemokratische Presse behauptet, ein guter Christ könne auch ein guter Sozialdemokrat sein.

Ausland.

Dehlerreich.

Die Italiener in Dehlerreich.

Der Hochverrats- und Verführungsberechtigter gegen die „Societa Cimolica“ gewinnt einen sensationellen Charakter. Nach dem „Zeitung“ zögeln die Volontären in den Salas des Turinverrats nach Abgang einiger Vertreter des Botsens im Aufseheramt aus der Turin-Bomben mit je zwölf Hühnerhuden, 35 Pflöcken zum Aufhängen, 200 Kapseln und zwei Pakete mit weissen Explosivpulver. Die Mitter trug die Aufschrift „Todesgefahr“ und die Abbildung eines Totenkopfes. Ein anonymes Schreiben aus Wien versicherte die Polizei von dem Bestehen der gefährlichen Gegenstände. Mehrere weitere Verhaftungen erfolgten, und der Turinverrats wurde in der Verhaftung nur durch die Flucht. Der Verein betreibt sich wiederholt in irrelevanten Rundzügen. Italienische Blätter betreiben die Möglichkeit dieser Angaben.

Frankreich.

Gegen den Kaiser.

Wegen der Mordanschlag der französischen Bischöfe richtete der Minister Delcassé eine neue, außerordentliche Note an den Kaiser, in der er jede Einmischung der Kirche in politische Angelegenheiten im Namen der französischen Regierung entschieden zurückweist. Auch das Recht, Rathschläge zu erteilen, wird durchaus abgelehnt. Der „Operatore Romano“ veröffentlicht über die Vernehmung auf einen dem Kaiser „Tempo“ vom 13. d. Mts. enthaltenen Artikel mit der Überschrift „Frankreich und der Heilige Stuhl“ eine Note, in der es heißt: „Es ist durchaus falsch, daß die Bischöfe von Rouen, Algiers, Albi und Algier und die Bischöfe von Tarantaise und Nende aufgefordert worden seien, nach Rom zu kommen, oder daß sie Gegenstand irgend einer Diplomatenvorlage gewesen seien.“ Es ist ferner durchaus falsch, daß der Heilige Stuhl jemals etwas gebietet habe, wegen des den französischen Bischöfen durch den Kaiser erteilten Mandats zu Protesten zu gehen und die Bischöfe zu bestrafen, die im vergangenen Jahre sich dem Proteste des Erzbischofs von Paris nicht angeschlossen. Es ist durchaus falsch, daß der Heilige Stuhl jemals die auf Turin beruhenden Grundzüge, von denen der „Tempo“ spricht, direkt oder indirekt zugelassen oder anerkannt habe.

Neuer Generalkonsul in St. Louis.

Anstelle Lagardes ist der Sectionschef im Staatsrat Picard zum französischen Generalkonsul in der Weltanstellung in St. Louis ernannt worden.

Ausland.

Er-mordung.

Der Regierungsrath des Gouvernements Zellswatopol Andrejew ist Sonntag abend in Nischni-Novgorod ermordet worden.

Holland.

Die konfessionellen Unversitteten.

Die Auflösung der ersten Kammer wegen der Abweisung der konfessionellen Unversitteten in Holland kann als sicher angesehen werden. Dagegen wird das Ministerium Kupfer nach wie vor im Amte bleiben.

Schwet.

Zwölfjährige Militär.

Der Bundesrat beschloß, die Angelegenheit des abgesetzten Obersten Andow nicht auf sich beruhen zu lassen, sondern von Ausland nochmals energisch Aufklärung zu verlangen. Allgemein wird das Verhalten Russlands als exemplarische Inhaftierung und Militär bezeugt. In nachgehenden Kreisen wird die Hoffnung ausgesprochen, die Schwet werde die Ermattung erhalten, auf die sie Anrecht habe.

Spanien.

Die Reise des Königs Alfonso.

Die Verhandlungen wegen eines Besuchs des Königs von Spanien in Frankreich sind nahezu abgeschlossen und die letzten Einzelheiten werden schon in San Sebastian geregelt. Der Besuch findet in der ersten Hälfte des Monats Oktober statt und wird drei Tage umfassen. Von Paris aus wird sich der König dann direkt nach Berlin begeben.

Portugal.

Gegen die Persecos.

Der Minister des Reichens und der Konsulminister berichten über die Lage in Angola. Gerüchtele verläutet, daß die Verbindung von Truppenverpflichtungen dort für dringlich angesehen werde, um die

Neutralität der Grenze für das Volk zu sichern, daß von den Deutschen gestaltliche Persecos auf portugiesischen Gebiete Zusticht suchen.

Türkei.

Bu-Bege.

Die Zusammenkunft des Ministes des Reichens mit dem Reichspräsidenten der Entenmachtigte galt der Erörterung der Lage in Makedonien und der Reformen. Die Berichte über einen anderen Zweck der Besprechungen sind ungenügend. Wenn auch die Attentate und die etwas vermehrte Tätigkeit der Komittees, sowie das Warten seiner Banden im Interesse der Reformen in Makedonien zu beharren sind, da dadurch die notwendigen Maßnahmen der Worte zur Durchführung der Reform in einzelnen Gebieten gekümmert werden kann, so hat sich die allgemeine Lage in Makedonien entgegen den Erwartungen auswärtsigen Leistungen keineswegs verschlechtert, sie hat sich im Gegenteil infolge der Reformen langsam gebessert. Die Erziehung ewigerer Maßregeln seitens der Komitee gegen die extremen Elemente der Komittees ist von allen Diplomaten ausgeht, und diese Maßregeln haben auch angeht der schließlich geschickten Mittel und Kräfte der Komittees, sowie angeht der Haltung Bulgariens Ausfall auf Erfolg.

Zünftigen Angaben zufolge hat am 7. Juli eine aus 25 Abtheilungen bestehende feste Bande unter Führung des Attentäters Paül, gut bewaffnet und mit Sprengmitteln versehen, die Grenze überschritten und Kumanova passirt.

Rosafrika.

Der Korrespondent der „Times“.

Die Nachricht, daß Eingeborene einen Angriff auf den Zanger Korrespondenten der „Times“ unternommen hätten, behauptet sich nicht; wohl aber hat die marokkanische Regierung 120 Soldaten abgeschickt, um im Sand gegen Ueberfälle zu kommen. Der marokkanische Finanzminister hat allen an den verschiedenen Antheil beteiligten Finanzgruppen mitgeteilt, daß Frankreich für die neue marokkanische Einleihe die Verantwortlichkeit übernehme und die Banque de Paris et des Pays-Bas Kapital und Zinsen bis zur Zahlung der Einleihe zahlen werde.

Der Krieg in Ostasien.

Der am Sonntagabend früh in Aken angelandene deutsche Postdampfer „Prinz Heinrich“ wurde im Roten Meere von dem russischen Stützkreuzer „Zmolenski“ angehalten und gezwungen, 31 Sätze Briefpost, 24 Sätze und Küsten Postbriefe abzugeben, die für Japan bestimmt waren.

In der Beschlagnahme der Post des deutschen Dampfers „Prinz Heinrich“ ist zu bemerken: Die internationale Praxis des Heeres geht bezüglich der neutralen Postdampfer, indem sie diesen Schiffen eine Ausnahmestellung gegenüber den anderen Schiffen anweist: Ein neutrales Schiff, das feindliche Depeschen führt, ist der Wegnahme unterworfen, wenn es als ein Depeschenschiff praktisch im Dienste des Feindes steht, dagegen sind Postdampfer unter neutraler Flagge, die solche Depeschen in der gewöhnlichen und ausführlichen Weise entweder als Teil ihrer Post in Postkästen oder auch getrennt davon, aus äußerlichen Gründen und ohne besondere Vereinbarung an Bord haben, nicht der Beschlagnahme unterworfen. Sie dürfen nicht festgehalten werden, es sei denn, daß klare Verdachtsgründe einer Verletzung der Kriegsgesetze in Bezug auf Kontrehande und neutralitätswidrige Handlungen vorliegen, und zwar müssen in diesem Falle die Postkästen uneröffnet weiter befördert werden.

Etwa das Verlassen der russischen Schiffe mit den Bestimmungen des Seerechts in Widerspruch, so wird die deutsche Regierung jedenfalls energhisch für das deutsche Recht eintreten.

Es verläutet ferner, daß der englische Dampfer „Malakka“ von dem russischen Stützkreuzer „Petersburg“ im Roten Meere beschlagnahmt worden sei und nach Szang amüdegeleitet werde.

Nach einer Meldung der „Daily Express“ aus Aschui nähert sich General Oda unter fortwährenden kleinen Gefechten Nutschuan. General Rodju konzentriert seine Truppen von Wien nach der Eisenbahnlinie, und Anroff sucht mit fünf Divisionen die Eisenbahn zu okkupieren, um den Hüfen die Mischungslinie abzumachen.

Eine Depesche aus Aschui meldet, daß die ganze Armee des Generals Rodju jetzt vor Fort M. Arthur in die äußeren Festungsreihe vorgerückt. Die Russen schienen sich dagegen, indem sie neue Erwerbungen.

Ein Telegramm der russischen Staatskassiers Mercey an den Jaren vom 14. d. M. besagt: Korrespondenz bescheiden die feindlichen Stellungungen von Nischang aus, wodurch sie zu einem Geleiderort beitragen haben. Der größten Schaden richteten die feindlichen Mordunternehmungen in deren Zahl sich auf 20 belief. Auf russischer Seite sind in diesen zweiwöchigen Kampfe 2 Offiziere und 35 Mann getödtet und 247 Mann verwundet worden. Die Verluste der Japaner betragen nach Aussagen von Chinesen 2000 Mann. Nach einem Bericht vom 7. d. M. nahmen die Russen am 6. d. M. einen Berg, der den Besitz des Luwantanggebirges sichert. Auf russischer Seite sind 2 Offiziere getödtet und 1 Offizier und 21 Mann verwundet worden. Zu Dalni wurden Truppenlandungen vorgenommen; dieselben waren bis zum 2. Juli gegen 20 000 Mann und 50 Geschütze getandet worden. Der Feind besetzt die Docks und die elektrischen Zentralstationen aus, auch die Eisenbahn wird wieder hergestellt. Da aber keine Kommissarien vorhanden sind, werden die Baggen von Chinesen geladen. Am 9. Juli haben die Japaner ihren Vormarsch einseitig und besiegeln seitdem ihre Stellungungen stark. Tägliche Schornsteine erklären ihnen die Arbeiten. Regengüsse haben die Wege sehr verdorben. Die Stimmung der Truppen ist vor-trefflich.

Petersburg, 17. Juli. Die Generalstabschef Stokarow dem Generalabtheil von getrennt in die, brechen nach einem Scher-mittel mit einer Freiwilligen-Abteilung am 15. Juli zwei japanische Kompanien der Schanung. Nach den Aussagen von Beobachtern stehen am Dalinow gegen 3000 Japaner und bei Wandhanspa gegen 4000 Mann Infanterie. Der Feind fährt fort, die Ränge zwischen dem Benjulinus und dem Modlinus (Wolten) nach zu besiegeln. Den Signalposten fällt eine Ab-theilung der japanischen Artillerie.

Am 17. Juli. (Nebung des Meeresdienstes Tur.) Wie der chinesische Gesandte aus Tokio an das chinesische Auswärtige Amt telegraphirt, habe die japanische Regierung eine Vor-schlag für die Verwaltung der Mandchurien gemacht. Nach einer weiteren Meldung des Korrespondenten des Meeresdienstes Petersburgs bracht die französische Regierung Truppen zu entsenden, falls China nicht den Vorschlag an der Grenze von Tongling unterdrückt. Die chinesische Regierung befindet sich immerhin in großer Aufregung.

Perim, 17. Juli. Der hier eingetroffene amerikanische Dampfer „Morning Star“ ist zwischen den Inseln Perim-Tur und Perim-Tulus an einem die Kriegsschiffe führenden, nach Norden

